

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Franz Michow.*
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe

25. Jahrgang. Wien, Freitag, 18. April 1919. Nr. 175.

Neue Milchkarten für Kinder bis zu zwei Jahren. Am 22. d.M. beginnt die Ausgabe neuer Milchkarten für Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre. Die neuen Milchkarten treten am 27. d.M. in Kraft. Die Haushalte, welche auf eine solche Karte Anspruch haben, können sie während der Amtsstunden bei der zuständigen Brotkommission an allen Wochentagen beheben. Die mit der Behebung beauftragte Person hat die bisherige Kindermilchkarte und ein Dokument des Haushaltungsvorstandes (Taufschein, Geburtsschein, Trauungsschein, Heimatschein, Gewerbeschein, Arbeitsbuch etc.) vorzuweisen.

2. Ausgabe

25. Jahrgang. Wien, Freitag, 18. April 1919. Nr. 176.

Die Anforderung von Wohnungen. Das bisherige Ergebnis der Wohnungsanforderungen weist nach einer Mitteilung des Wohnungsamtes der Stadt Wien nachstehende Ziffern auf: Es wurden bisher vom Wohnungsamte angefordert: 1165 Zimmer, 311 Kabinette, 563 Küchen, 230 Vorzimmer, 152 Dienerzimmer, 118 Badezimmer. Nach Wohnungen verteilen sich diese Räume auf 306 kleine Wohnungen, 116 kleine Mittelwohnungen, 70 grosse Mittelwohnungen und 72 grosse Wohnungen, weiters 319 einzelne Zimmer. Im allgemeinen ist das Ergebnis angesichts der von Haus aus sehr ungünstigen Verhältnisse des Wohnungswesens in Wien besser als erwartet wurde, sehr häufig zeigt es sich allerdings, dass namentlich bei ganz unbenutzten Wohnungen sehr triftige Gründe, so Kriegsgefangenschaft, Internierung u.s.w. des Inhabers Ursache der Nichtbenutzung waren; in sehr vielen Fällen war auch die Anforderungsverordnung Anlass, dass Personen von auswärts nach Wien zurückgekehrt sind.

Abgesehen von gewissen Schwierigkeiten, welche im Inhalte der Verordnung liegen und welche durch eine soeben ergangene Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung beseitigt werden, liegt das Haupthindernis in der Schwierigkeit der Beheizung und in der geringen Eignung sehr grosser Objekte, als kleine Wohnungen zu dienen; es fehlt an Küchen, Nebenräumen, Zugängen u.s.w.

Trotzdem wurden wenigstens Teile der Schlösser, bzw. Palais Schönbrunn, Hetzendorf, Wilhelminenberg, Neuwaldegg, Erzherzog Friedrich, Augustiner Stöckl, Schwarzenberg, Rainer, Thurn-Valsassina, Ferdinand Kinsky u.a. teils der Benützung zugeführt, teils hierfür vorbereitet. Ausserdem ist die Anforderung von 18 Palästen augenblicklich im Zuge, wie überhaupt die ganze Aktion auch weiter fortgeführt wird. Selbstverständlich wird bei Objekten geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung im steten Einvernehmen mit dem Staatsamte für Denkmalpflege vorgegangen.

Auch die Gemeinden, welche Wien benachbart sind, können nach der Vollzugsanweisung (als Teile des Wohngebietes) herangezogen werden. In dieser Hinsicht ist das Wohnungsamt mit den Gemeinden Schwechat, Oberlää, Unterlää, Rotneusiedl, Inzersdorf bei Wien, Alt- und Neudörf bei Wien, Atzgersdorf, Liesing, Perchtoldsdorf, Rodaun, Kalksburg, Mauer, Hadersdorf-Weidlingau, Furkersdorf, Klosterneuburg, Feidling, Kierling, Lang-Enzersdorf, Lisaberg, Stammersdorf, Gross-Enzersdorf in Verhandlung ge-

treten. Leider sind die Aussichten, auf diesem Wege Wohnungen zu erreichen, nicht sehr gross, da in den meisten Gemeinden selbst Wohnungsnot besteht und in manchen dieser Gemeinden, so namentlich Atzgersdorf, Liesing und Klosterneuburg diese Wohnungsnot so gross ist, dass sie eher in die Lage kommen, selbst noch in Nachbargemeinden Wohnungen anzusprechen, als solche für den Wiener Bedarf zur Verfügung zu stellen. Die Nachfrage nach Wohnungen überwiegt aber so sehr, dass selbst wenn die Anforderung von Wohnungen mit grosser Härte durchgeführt wird, der grösste Teil des Wohnungsbedarfes unbefriedigt bleibt. Das Hauptgewicht muss daher auf die Schaffung neuer Wohnungen gelegt werden. In dieser Beziehung sind Verhandlungen mit dem Staatsamte für Finanzen, wegen der Vollendung der begonnenen, aber nicht fertiggestellten Häuser im Zuge, weiters hat das Wohnungsamt Anspruch auf das Artilleriebarackenlager X., Laaerstrasse, einen Teil des Kriegsspitals Grinzing, das Spital Simmering und das Spital Baumgarten erhoben.

Wenn die Material- und Arbeitsverhältnisse sich nicht allzu ungünstig gestalten, wird auch ein Teil der Kriegswohnungen auf der Schmelz noch bis zum Herbst benützbar werden.

Voraussetzung für die Erzielung eines, den äussersten Notstand vermeidenden Ergebnisses ist allerdings, dass die Zuwanderung nach Wien keinen übermässigen Umfang annimmt. Die sehr häufig erwähnte Abwanderung ist hauptsächlich infolge der in den Nachbarstaaten ebenfalls herrschenden Wohnungsnot weit geringer als immer verkündet worden ist.

Die geringe Abwanderung und der Mangel an Wohnungen kommt auch im Verhältnisse der Kündigungen zum Ausdruck, die noch immer in der Abnahme sind. Für den Maitermin 1919 sind 2008 Kündigungen von $\frac{1}{4}$ jahrs-Wohnungen erfolgt gegenüber 2357 Kündigungen im Jahre 1918 und 3297 Kündigungen im Jahre 1917.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Den Magistratskommissär Dr. Franz Glaser zum Oberkommissär, die Kanzleisekzessisten Gustav Tirolt, Ferdinand Adam und Andreas Bock zu Offizialen, den technischen Assistenten Alois Müller zum Offizial, den Marktamskommissär Johann Langmantel zum Inspektor. Im Stände der städtischen Versorgungsanstalten wurden in die 8. Rangsklasse befördert: die Sekundärärzte 1. Klasse Dr. Ferdinand Brunner, Dr. Josef Grubmüller, Dr. Alfons Walter, Dr. Gustav Wenk und Dr. Matthias Pöschmüller.

Der Beitritt der Gemeinde Wien zur Getreideeinfuhrgesellschaft. Nach den bestehenden Gesetzen wäre zum Import von überseeischem Getreide Mehl, Hülsenfrüchten und Futtermittel die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt berufen. Nun haben aber sowohl das Staatsamt für Volksernährung, wie auch alle Interessentenkreise die bisherige Tätigkeit dieser Anstalt ungünstig beurteilt, weshalb auch ein Abbau dieser Zentrale schon in der nächsten Zeit zu gewärtigen ist. Dieser Umstand führte zu dem Schlusse, dass mit der Aufkaufsaktion künftig eine neue Institution betraut werden soll. Nach den zwischen der Gemeinde Wien, dem Bund der deutschen Städte, der grossen Konsumentenorganisationen, des Mühlenverbandes, der Getreide verarbeitenden Gewerbe und einiger grösserer Getreidefirmen gepflogenen Besprechungen wurde die Einfuhrgesellschaft (E.F.G.) gegründet. Der Gegenstand des Unternehmens ist die Einfuhr von ausländischem, insbesondere von überseeischem Getreide, Hülsenfrüchten, Reis, Futtermitteln, Celsaaten und Sämereien, sowie von allen Produkten und Abfällen, die aus diesen Artikeln gewonnen werden. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 9 Millionen Kronen und ist die Gemeinde Wien mit 2 Millionen Kronen daran beteiligt. Da der Import von überseeischen Artikeln staatlich bewirtschaftet ist, musste auch ein Rechtsverhältnis zwischen der Gesellschaft und dem Staatsamte für Volks-

ernährung hergestellt werden, wobei es sich der ersteren nicht so sehr um die Erwerbung eines Einkaufsmonopoles handelte. Das Staatsamt legte vielmehr Wert darauf, ein Organ zu besitzen, das unter seiner Kontrolle ausschliesslich den überseeischen Einkauf besorgt, ohne aber das finanzielle Risiko des Staatsschatzes anzulasten. Aus dem Uebereinkommen wäre hervorzuhelm, dass die Gesellschaft die Einfuhr ausschliesslich für Rechnung jener Stellen betreibt, die ihr vom Staatsamte bezeichnet werden. Das Staatsamt verpflichtet sich, für den Bezug der erwähnten Artikel aus dem Auslande nur die E.F.G. als Kommissär anzuerkennen. Das Uebereinkommen kann von beiden Teilen jederzeit halbjährig gekündigt werden und es erlischt bezüglich jener Artikel, deren staatliche Bewirtschaftung aufgehoben wird, mit dem Zeitpunkte des Aufhörens der Importe.

^{im Stadtkaffe}
Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete über den Beitritt der Gemeinde Wien zur erwähnten Gesellschaft und wurde über seinen Antrag dieser sach beschlossen. Es steht zu erwarten, dass diese Gesellschaft ein brauchbares Instrument im Interesse der Bestrebungen des Abbaues der Zentralen geben wird. Die Zusammensetzung der Gesellschaft bietet volle Gewähr dafür, dass nicht nur den berechtigten Interessen der Konsumenten Rechnung getragen wird, sondern dass auch diejenigen Kreise, die vielleicht noch einen längeren Zeitraum eine Mitverantwortung mit der Nahrungsmittelbeschaffung tragen müssen, eine zweckentsprechende Organisation für die Zukunft geschaffen haben.

Eine Gablenzgedenktafel für die Aspernbrücke. Einem Antrage des StR. Schneider zufolge, stimmte der Stadtrat der Ausführung der Gablenzgedenktafel für die Aspernbrücke zur Erinnerung an den Einzug der Truppen zu. Die Inschrift der Gedenktafel lautet: „Feldmarschallleutnant Ludwig Freiherr von Gablenz, Ehrenbürger der Stadt Wien. Als siegreicher Heerführer des k.k. 6. Armeekorps in den Kämpfen um Schleswig-Holstein zog er am 30. November 1864 über die damals eröffnete alte Aspernbrücke in Wien ein.“

Bodenkreditanstalt. Die vierundfünfzigste ordentliche Generalversammlung der Allgemeinen Österreichischen Boden-Credit-Anstalt findet am 10. Mai d.J. um 5 Uhr nachmittags in Wien, 1. Teinfaltstrasse Nr. 8 statt.